

Zeitungspreis
für Halle und Umgebungen 2.50 Mark,
bald die Post bezogen 3.00 Mark für das Vierteljahr.
Die halbjährige Zeitung einschließlich zweimal
gratis Beilagen.
Unentgeltliches Unterhaltungsblatt, halbes Jahr, 1.00 Mark.
Wöchentliche Beilagen für den Sonntag,
Montag, Dienstag, 3. Kantarierlohn, 1. d. Preis, 2. d. d. d.

Anzeigegebühren
für die häufigste Anzeige: 10 Pfennige, wenn keine
andere Angaben gemacht sind, 20 Pfennige.
Für Klagen am Schluß des geschäftlichen Tages die Zeit
40 Pfennige.
Anzeigenannahme bei der Expedition und allen Annoncen-
Expeditoren.
Gesprächvermittlung mit Berlin, Leipzig, Magdeburg,
Auftrag Nr. 156.

Landeszeitung für die Provinz Sachsen und die angrenzenden Staaten.

Nr. 381. — Jahrg. 192. | Halle a. S., Mittwoch 16. August 1899. | Redaktion a. Exped.: Halle a. S., Leipzigerstr. 87. Berliner Bureau: Berlin SW, Kurfürststr. 3.

Deutsches Reich.

* In Gegenwart des Kaisers fand gestern Vormittag im Thronsaal des Reichstagespalastes in Berlin die Regelung und Weihe der von den Bakalieren des Königin-Augusta-Gardes Grenadier-Regiments Nr. 4, des 4. Magdeburger Infanterie-Regiments Nr. 67 und der Unteroffizierschule zu Potsdam verliehenen neuen Fahnen statt. Am diesen Akt schloß sich eine Parade der Garnison Kaiser auf dem Friedrichs-Platz, welche S. Majestät zu Pferde abnahm. Später fand Brunch statt.

* Aus London wird der „Mil. Wo. Cor.“ bestätigt, daß der im Herbst zu erwartende Besuch des deutschen Kaisers wahrscheinlich in Windsor Castle stattfinden werde. Die Verhältnisse in Schloß Windsor hätten sich bei der letzten Anwesenheit des Kaisers von Ausland aus ungünstig herausgestellt; es sei daher zu ermöglichen gewesen, dem Gesolge des hohen Besuches ausreichende Unterkunft zu gewähren.

* Da den Göttern kein Opfer that, an denen Kaiser Wilhelm die Heilungsmittel befragt, sind auch die Königin und Kaiserin von Schweden und Christian von Dänemark eingeladen worden.

* Wie als bestimmt gemeldet wird, wird der Kaiser von Anstalt, der mit der Kaiserin und den Kindern Darmstadt demnächst zu längerem Aufenthalt beladen wird, Anfang September Wohnung auf dem Schloß in Friedberg nehmen, von wo aus er seiner rheumatischen Leiden wegen die Rauberei Spornalberge benutzen wird.

* Personalnachrichten. Prinzessin Charlotte von Sachsen-Meiningen, älteste Schwester des Kaisers, ist in Bayreuth angekommen und bei Oberforstbrunn, ganz in der Nähe der Villa „Waldheim“, abgesehen. — Der Vizepräsident des Reichstages, G. G. G. G., ist gestern Morgen im Alter von 85 Jahren in München i. B. gestorben.

* Ueber sein Verhältnis zur Kanalvorlage soll sich Finanzminister Dr. v. Mielen bei seinem Aufenthalt in Frankfurt a. M. der „Frank. Ztg.“ zufolge dahin geäußert haben, daß bei seiner weithinigen Anwesenheit in Wilhelmshöhe zwischen dem Kaiser und ihm alle Einzelheiten in Bezug des weiteren Vorgehens hinsichtlich der Kanalvorlage vereinbart worden seien und daß sich eine völlige Uebereinstimmung in den Anschauungen ergeben habe. Die Regierung zweifle nicht mehr am Zustandekommen der Vorlage, da einerseits die Beschäftigten als vollst. genügend bezeichnet werden müßten und andererseits die Centralbehörde nach vorheriger Erzielung der Kommunalreform keinerlei Schwierigkeit biete.

* Zur Kanalvorlage. Die konservative Fraktion des Abgeordnetenhauses hat gestern Abend eine stark beladene Sitzung abgehalten und in derselben auch noch einmal ihre Stellungnahme zur Kanalvorlage präzisirt. Es hat sich dabei herausgestellt, daß in den Augen der Fraktion die Mehrheit durch die letzte Entscheidung der Kanalfrage nicht verändert worden ist, daß mithin nach wie vor die übergroße Mehrheit der Fraktion gegen die Kanalvorlage steht. Die Bedenken, welche den Konservative für die vorliegende Vorlage unzulässig machen, dem Kanalprojekt für Annahme zu verhalten, sind noch so oft und so ausführlich dargelegt, daß sich ein nochmaliges Eingehen darauf erübrigt; hervorzuheben ist jedoch, daß diese Bedenken in ihrer Wichtigkeit nicht, wie immer noch vielfach behauptet wird, agrarischer, sondern allgemein wirtschaftlicher und finanzieller Natur sind.

Die nationalliberale Partei des Abgeordnetenhauses wies in ihrer gestrigen Sitzung mit Entschiedenheit jede Verquickung der Mittelkanal-Vorlage mit der Kommunalreform zurück; beide Vorlagen seien durchaus getrennt und ausschließlich sachlich zu behandeln. Die nationalliberale Fraktion wird geschlossen für die Kanalvorlage eintreten.

Die preussische Kleinbahnvorlage, die schon wiederholt offiziell angekündigt wurde, ohne indes bisher an den Landtag gelangt zu sein, ist in der letzten Zeit im Ministerium der öffentlichen Arbeiten fertig gestellt worden und soll demnächst wieder zusammenzutretenden Abgeordnetenhause noch in dieser Sitzung bestimmt übermittelbar werden. Eine Verquickung mit der Mittelkanalvorlage, wie sie die Regierung in dem Sinne nachgeschlagen wurde, daß sie von der Entscheidung der Kanalvorlage die Erhebung von Steuern für den Bau von Kleinbahnen abhängig machen würde, wird nicht nur im Einklang, sondern besonders auch im Finanzministerium entschieden in Abrede gestellt. Die in der Fertigstellung der Kleinbahnvorlage einsetzende Verzögerung wird vielmehr lediglich damit erklärt, daß in diesem Jahre ein Staatsbeihilfe für einige größere Projekte verlangt werden soll, deren Vorbereitung längere Zeit, als sonst üblich, in Anspruch genommen hat, zumal da für die technischen Unterlagen von Kleinbahnbauten in Preußen fortan strengere Bedingungen maßgebend sind, als früher. Die neue Kleinbahnvorlage wird im Ganzen einen Betrag von 12 Millionen Mark beanspruchen; mit dieser Summe kann aber nur der Ausbau der wichtigsten Linien gefördert werden. Die ausserordentliche Summe ist u. E. bei weitem nicht ausreichend.

* Das Staatsministerium trat gestern Nachmittag unter dem Vorsitz des Fürsten Hohenlohe zu einer Sitzung zusammen. Die Minister sind, mit Ausnahme des Herrn Dr. Hoffe, sämtlich nach Berlin zurückgekehrt. Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, dürfte in der gestrigen Sitzung die weitere Stellungnahme der Regierung zur Kölner Erzbischöfswahl präzisirt worden sein.

* Die Meldung des „Nach. Volksfr.“, daß sich die Wiederbeziehung des Kölner Erzbistums wegen der Verhandlungen über die Theilung des altsächsischen und vollst. Sprengels und die Erteilung des Bistums nach in die Länge zieht, wird der „Köln. Ztg.“ von einer in diesen Dingen mit der Regel gut unterrichteten Seite bekräftigt. Die Ausfertigung des letzteren Planes, der zeitlich schon weiter zurückliege, ist vorerwähnt bis nach dem Ableben des Kardinal-Fremont verlagert worden. Was das Kölner Domkapitel anbelangt, so bereite es an seinem Theile der Abgrenzung eines Aachener Bistums nach Dr. Krensch's Tod ebenfalls Schwierigkeiten wie früher, als der Plan aufstiege und zuerst Gegenwärtig vertraulicher Verhandlungen wurde.

* Für das Gesetz zum Schutze der Arbeitswilligen. Der engere Vorstand des Allgemeinen deutschen Handwerkerbundes und des bayerischen Handwerkerbundes sowie der Centralausschuß des Allgemeinen Gewerbevereins München haben eine Petition an den Reichstag verfaßt, in welcher gebeten wird, dem Entwurfe eines Gesetzes zum Schutze des gewerblichen Arbeitseverhältnisses in seinen Grundzügen zuzustimmen. Diese Vorstellung ist nach dem „Mittl. N.“ mittels Rundschreibens an alle Handwerkervereinigungen Deutschlands zur Vernehmung gelangt, außerdem wird sie den verbündeten Regierungen und den einzelnen handwerkerverbindlichen Reichstagsabgeordneten mit der Bitte um Unterstützung überreicht wird.

* Zur Gemeindefürsorgevorlage haben die Vorstände der freikonservativen Vereine von Eberfeld und Darmen in einer gemeinsamen, am 11. d. Mts. zu Worms abgehaltenen Beratung Stellung genommen und folgende Erklärung beschlossen:

In der Erwägung, 1. daß die Einführung der Einkommensteuer Reform noch nicht genügend Erörterungen gefunden werden konnten, welche über die Wirkungen dieser Reform ein abschließendes Urtheil gestatten, und 2. daß es wegen der Nähe der Zeit und im Hinblick auf die außerordentliche Wichtigkeit der kommunalen Verhältnisse in den verschiedenen Theilen des Reichs für die Regierung unendlich war, ein hinreichendes und erschöpfendes Material für die Beurtheilung der voraussichtlichen Wirkungen der Gemeindefürsorgevorlage zu beschaffen, richten die Vorstände der freikonservativen Vereine des Landes an die Herren Abgeordneten unserer Wahlkreise die dringende Bitte, so wohl der Regierungsvorlage, als auch den zu derselben gehörigen Änderungsanträgen ihre Zustimmung zu verweigern.

* In Handwerkerkreisen nimmt man an, daß sich die Arbeiten bei den Wahlen zu den Handwerkskammern so werden einrichten lassen, daß die Letzteren mit dem 1. April 1900 ihre Thätigkeit wieder aufnehmen können. Trifft dieses zu, so würde auch die von Bundesrathe bald nach seinem Wiedereintritt in den Oktober zu beratende kaiserliche Verordnung, durch welche die Abschnitte des Handwerksorganisationsgesetzes über Handwerkskammern, Meisterwahl und Lehrlingsverhältnisse im Handwerk in Kraft gesetzt werden sollen, als Termin hierfür den 1. April 1900 festlegen. Die Durchführung des Handwerksorganisationsgesetzes würde dann nahezu drei Jahre in Anspruch genommen haben.

* Bezüglich der Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen mittelbare Staatsbeamte, die direkt oder indirekt die Sozialdemokratie unterstützen, sollte sich die weimarsche Regierung in Gegensatz zum Berliner Oberverwaltungsgericht gestellt haben, indem sie jedes Vorgehen ablehnte. Diese Meldung, die in einer Reihe von Zeitungen verbreitet wurde, wird jetzt von der großherzoglich weimarschen Regierung ausdrücklich verworfen.

* Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht das Gesetz, betreffend die Abtugung und Verlegung der Kommunalbeamten vom 30. Juli 1899.

* Der Centralverband der Gemeindebeamten Preussens tritt in Berlin am Sonntag zu seiner diesjährigen Hauptversammlung zusammen.

* Der Vorstand des Vereins deutscher Lokomotivführer hat in seiner diesjährigen, am 8. d. Mts. in Leipzig abgehaltenen Konferenz einstimmig beschlossen, daß der Verein sich dem Deutschen Flottenverein mit einem Jahresbeitrage von 150 Mk. als Mitglied anschließen solle. Bravo!

* Die neugestaltete rheinische Landwirthschaftskammer wird voraussichtlich in Bonn Ende September zum ersten Male zusammenzutreten.

* Der Kongreß der deutschen Rechtsvereine tritt, wie der weltliche Reichstagsabgeordnete Frhr. v. Lobenzberg bekannt

macht, in diesen Tagen am 26. und 27. September in Kassel zusammen. Aus der Einladung ist folgende charakteristische Stelle hervorzuheben:

Die Partei ist von der Ueberzeugung durchdrungen, daß das neue Deutsche Reich, wenn es so bleiben wird, wie es aus der gewöhnlichen Uebung hervorgeht, so in 1867/71 hervorgerufen ist, über kurz oder lang sich selbst zerstören muß.

* Die Nothwendigkeit eines lebhafteren Dampfverkehrs mit Ostafrika scheint jetzt auch in Regierungskreisen anerkannt zu werden. Man scheint dort mit der Absicht umzugehen, bei Ablauf des mit der Deutsch-Ostafrikanischen Dampfgesellschaft im Mai 1890 auf zehn Jahre geschlossenen Subventionsvertrages unter Einbeziehung des Kaplandes in die Reichspost-Dampflinien eine vierzehntägige Dampfverbindung mit Ostafrika, wie diese infolge des gesteigerten Verkehrs schon faktisch eingeführt werden mußte, in dem neuen Verträge definitiv auszubehalten. Dem Interessen ist diesbezüglich ein Rundschreiben des Staatssekretärs Grafen von Helldorf ausgegangen, in welchem für die geplante Neueinrichtung ein vorläufiges Programm aufgestellt wird.

* Samoa. Der Deutsche und der amerikanische Kommissar für Samoa, Baron Sped von Sternburg und Tripp, sind gestern auf ihrer Reise nach dem Osten in Panff (Britisch-Columbia) eingetroffen.

* Zur Nachricht aus der Telagoa-Bai. Das Neureicher Bureau erhält aus Laureano Marques die Meldung, daß sich ein Bord des Dampfers „Reichstag“ seine Gehebre befunden hätten. — Selbst wenn die Gehebre an Bord befunden hätten, würde sich das Anhalten des Schiffes doch nicht rechtfertigen lassen. Offenlich kommt weitere Aufklärung.

* Aus Krasnodar. Die „Nachr. aus Krasnodar“ bekräftigen in ihrer neuesten Nummer, vom 8. Juli, daß der ganze Widerstand gebrochen, und überall die Ruhe wieder hergestellt ist. Die ganze Gegend ist entwaftet. Abgesehen von den mehr als 60 Gefangenen und massenhaften Gehebrer nebst Munition in Krasnodar, hat Hauptmann Wawne die sämtlichen Dörfer zur Auslieferung der Waffen gezwungen. Die Eisenbahn-Vorarbeiten nehmen wieder ihren ungehobenen Fortgang. Das geforderte Aufschlagsgeld ist bezahlt. Der Gouverneur hat Befehl gegeben, die Truppen aus dem Bezirk Krasnodar zurückzuziehen. Haupt Wawne unter Reutnant v. Hellberg sind zur persönlichen Sicherheit der Bauarbeiten zurückgelassen worden.

* Es wird uns bestätigt, daß nach amtlichen Drahtmeldungen aus Peking dort keinerlei positive Nachrichten über neue Schiffenbefolgungen in Fanning (Schantung) vorliegen. Die Mandarinen hätten auf Anfragen erklärt, daß ihnen nichts bekannt sei; auch Kaufleute, welche jüngst aus Schantung in Tschifu eintrafen, wußten nichts von Umrufen. Die Mandarinen ist eingeschärft worden, daß jede dringende feindliche Ausbreitung nachdrücklich bestraft werden würde. Im Uebrigen muß das Ergebnis der eingeleiteten Untersuchung abgewartet werden.

* Der b. Panneker, der bekanntlich als General lange Zeit im Dienst Chinas geblieben und im Jahre gegen Japan hervorragende Kommandos geführt hat, ist nach längerem Aufenthalt in Deutschland wieder nach China gegangen. Er ist bereits in Peking gewesen, wo er dem Tung-li-Mamen einen völlig ausgearbeiteten Plan zur Reorganisation des chinesischen Heeres unterbreitet hat, allerdings ohne bisher auch nur das geringste Verhältniß für seine Absichten oder Entgegenkommen seitens der Kaiserin-Wittve zu finden.

Zur Lage in Frankreich.

Die Verhandlung vor dem Kriegsgerichte in Rennes ist wegen des Festlages Mariä Himmelfahrt auf heute verschoben. Bei Beginn der Sitzung des Kriegsgerichts wird wahrscheinlich Demange im Namen von Dreyfus verlangen, daß die Verhandlungen ausgesetzt werden, damit Labort, welcher, wie man hofft, in drei bis vier Tagen wieder hergestellt sein wird, den Prozessverhandlungen folgen könne. Die Verste sind der Ansicht, der Verdacht werde am nächsten Montag seine Thätigkeit wieder aufnehmen können.

Die „Petite République“ meldet: Als man Labort auf einer Tragbar nach Hause schaffte, sagte er, da er sich tödlich verunverletzt glaubte, zu seiner Umgebung: „Sie können Mercier und den Anderen sagen, daß wenn ich auch verschwinden sel, ihr Verbrechen bleibe und der Kampf fortzubringen werde.“ Wie es heißt, meierte sich Frau Labort, General Mercier zu empfangen, als er in ihrem Hause erschien, um sein Bedauern über das Attentat auszusprechen.

Guerin ist noch immer nicht verhaftet worden, so oft die Polizei auch schon den Sturm auf sein verbarbarisiertes Haus angeführt hat. Die Sache macht nachdrager einen burlesken Eindruck und ist auch bezeichnend für die Zustände im heutigen Frankreich. Die Polizei geht — angeblich in der Absicht, ein Uebergelegen zu meiden — die regredierte Verlagerung des Hauses fort, entsteht ihm Gas und Wasser und verhindert die Zufuhr von Lebensmitteln. Schärferer Maßregeln wagt sie nicht.

